



Foto: Christian Spies

Update aus Berlin

November 2023 (II)



Podiumsdiskussion
am 23. November
Einlass 16:30
Wersestadion Ahlen

mit DFB-Präsident Bernd Neuendorf

**PLATZVERWEIS
FÜR HASS UND GEWALT!**

REAL TALK AMATEURFUSSBALL

Anmeldung: bernhard-daldrup.de/fussball

WICHTIGES
aus dem Bundestag



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

am vergangenen Mittwoch hat das Bundesverfassungsgericht den Nachtragsaushalt von Ende 2021 „gekippt“, durch den 60 Milliarden Euro an nicht benötigten Krediten aus der Corona-Pandemie umgewidmet und in den Klimafond übertragen worden waren. Das Urteil wird ohne Kritik akzeptiert. Nichtsdestotrotz glaube ich nicht, dass diejenigen, die diese Klage angestrengt haben, dem Land einen Gefallen getan haben.

Denn das Urteil wird Folgen haben, die die dringend notwendigen Aufgaben von Klimaschutz und Transformation durch einen aktiven Staat behindern. Unser Bundeskanzler Olaf Scholz hat gestern im Bundestag zurecht gesagt, dass es keine Schnellschüsse geben wird, sondern eine sorgfältige Prüfung des Urteils angekündigt und wir einen Weg finden werden, die nötigen Investitionen zu finanzieren.

Bis 2045 wollen wir klimaneutral wirtschaften und leben. Dafür müssen wir auf fossile Energieträger verzichten. Dabei spielt die Wärmewende eine entscheidende Rolle. Um klimaneutral zu werden, müssen wir gerade auch beim Heizen in den nächsten zwanzig Jahren auf klimafreundliche Systeme umstellen.

Um alle auf diesem Weg zur Klimaneutralität zu unterstützen, fördern wir den Einbau klimafreundlicher Heizungen mit bis zu 70 Prozent der Investitionskosten. Alle 11.000 Städte und Gemeinden in Deutschland werden in den nächsten Jahren konkrete Wärmepläne erstellen. Großstädte haben dafür bis Mitte 2026 Zeit, Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohner:innen bis Mitte 2028. Die kommunale Wärmeplanung wird konkret aufzeigen, welche klimafreundlichen Heizungslösungen vor Ort jeweils möglich sind. Die möglichen Technologien reichen von Fernwärme über klimaneutrale Gasnetze bis hin zur dezentralen Wärmeversorgung, etwa durch Wärmepumpen. So schaffen wir Transparenz und Planungssicherheit sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für Gewerbetreibende, die künftig genau wissen, mit welchen Energieträgern und mit welcher Versorgung sie lokal rechnen können.

Als Sozialdemokrat:innen legen wir besonderen Wert darauf, Klimaschutz und sozialen Zusammenhalt zu verbinden. Die flächendeckende Wärmeplanung ist die wesentliche Voraussetzung für eine bezahlbare, klimaneutrale und zukunftsfähige Wärmeversorgung.

Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende wünscht Euch,
Euer



Inhalt

Meine Rede zum Wärmeplanungsgesetz. >>> Kürzungen im Familien-Haushalt abgewendet! >>> Mit dem Zukunftsfinanzierungsgesetz Start-ups stärken. >>> Georgien und Republik Moldau sind sichere Herkunftsländer. >>> Wachstumschancen, Investitionen und Innovation stärken. >>> Einblicke in die Sitzungswoche.

Die Umfrage.

Jetzt seid ihr dran. Ich möchte das Update nutzen, um Euch nach Eurer Meinung zu fragen. Wie die Abstimmung ausgegangen ist, könnt Ihr im nächsten Update einsehen.

In der kommenden Woche dreht sich bei uns alles ums Thema Fußball - der DFB-Präsident Bernd Neuendorf ist bei uns zu Gast! Knapp 1000 Spiele sind in der vergangenen Saison auf deutschen Bolzplätzen wegen Gewaltvorfällen abgebrochen worden. Wer muss Eurer Meinung nach handeln?



- » **Das ist Sache der Fußballverbände vor Ort. Sie müssen gezielt Maßnahmen ergreifen und ihre Nähe zu den betroffenen Vereinen nutzen.**
- » **Der DFB muss seiner Rolle als Dachverband gerecht werden und auch bei diesem Thema noch mehr eingreifen. Es handelt sich um ein deutschlandweites Problem und sollte auch so behandelt werden.**
- » **Bei der Vielzahl an Vorfällen muss die Politik sich diesem strukturellen Problem annehmen und handeln.**

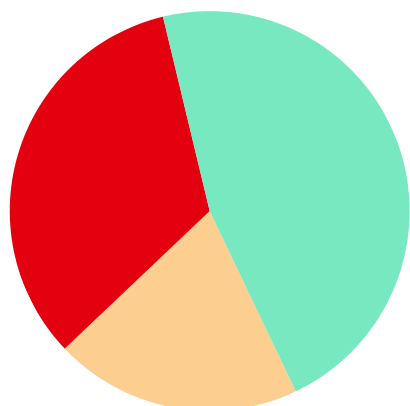
Hier könnt Ihr anonym online abstimmen!



Letzte Umfrage:

Welche Formate wünscht Ihr Euch, um politisch auf dem Laufenden zu bleiben?

So habt Ihr abgestimmt:

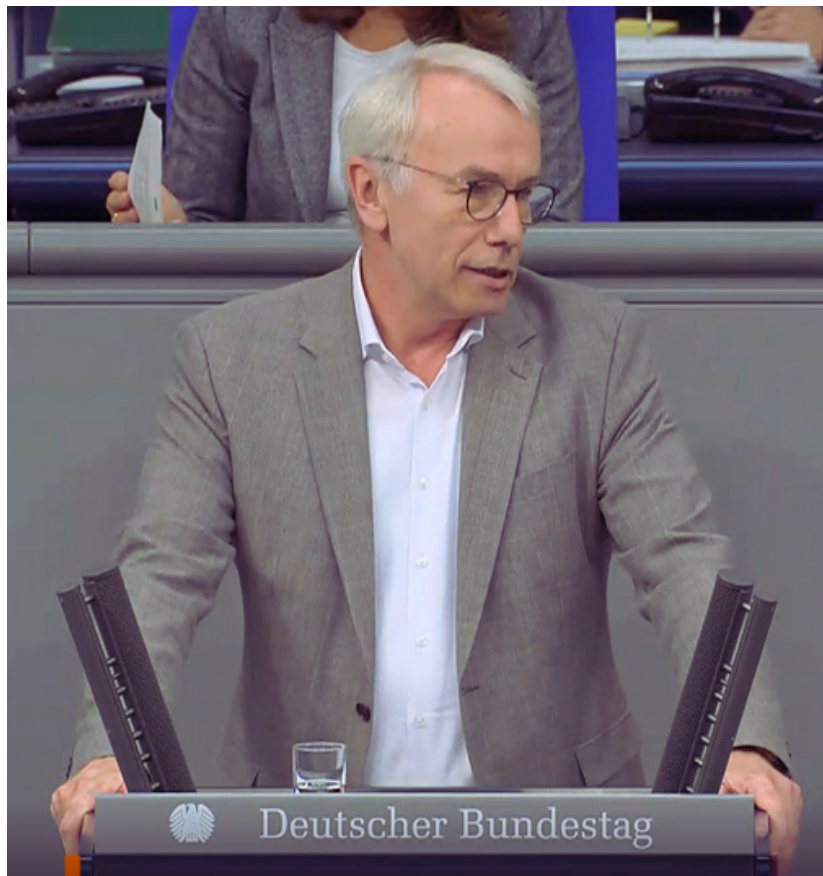


- Mehr Infos per Mail, aktuelle politische Ereignisse und entsprechende Hintergründe erklärt.
- Mehr Hintergrundinfos auf den Social Media Kanälen
- Regelmäßige Informations- und Diskussionsveranstaltungen, bei denen man ins Gespräch kommt und direkt Antworten auf aktuelle Fragen erhält.

Eine Stimme aus der Umfrage: "Als Kommunalpolitikerin steht man oft vor dem Problem, keine Antwort auf eine bundespolitische Frage zu wissen. Ich hätte gern ein FAQ, um zielgerichtet auf Antworten zugreifen zu können. Meist hat man nämlich nicht die Zeit, sich durch den Info-Dschungel zu kämpfen." - Danke, das nehmen wir gerne mit auf! :)

Meine Rede zum Wärmeplanungsgesetz.

Die Verpflichtung zur flächen-deckenden kommunalen Wärme-planung ist ein völliges Novum in der Geschichte Deutschlands und gleichzeitig eine entscheidende Etappe auf dem Weg zur Erreichung der Klimaziele. In den letzten Monaten haben wir unzählige gute Gespräche mit Bürgermeistern, mit Vertretern von Stadtwerken, mit Bürgern aus unseren Wahlkreisen und mit Vertreter*innen von Ver-bänden geführt. Viele Städte haben sich längst auf den Weg gemacht – lange vor der Debatte auf Bundes-ebene und zum Teil auch ohne ge-setzliche Pflicht durch Landes-regelungen.



Die überwiegende Mehrheit der Städte arbeitet bereits an einer kommunalen Wärmeplanung. Mit dem heutigen Gesetz setzen wir einen klaren Rahmen, den es für einen nationalen Kraftakt braucht. Die Debatte ist nicht neu und der Wille, bis 2045 klimaneutral zu sein, ist auch keine Erfindung der jetzigen Ampel-Regierung, sondern landauf landab bei vielen Menschen Konsens. Die vorgesehene Verpflichtung zur Vorlage eines kommunalen Wärmeplans für Städte ab 100.000 Einwohner bis 2026 und für alle weiteren Städte bis 2028 ist ambitioniert, aber realistisch. Klar ist, dass Bund und Länder nun die notwendigen Voraussetzungen schaffen müssen. Unseren Beitrag leiten wir nun mit dem Wärmeplanungsgesetz und weiteren finanziellen Unterstützungen für die Kommunen. Nun müssen die Vorgaben entsprechend in Landesgesetze umgesetzt werden.

Ich möchte mit meiner Rede auch unterstreichen, dass die Wärmeplanung nur gemeinsam mit den Kommunen gelingen kann und wir deren Hinweise in unseren Verhandlungen berücksichtig haben. Dies unterstreichen wir durch die Formulierung, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Wärme aus erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegen. Außerdem nehmen wir den Datenschutz sehr ernst, reduzieren im Interesse von Bürokratieabbau die Planungs- und Verfahrensschritte, ermöglichen die verkürzte Wärmeplanung für Bioenergiedörfer und verbessern den Einsatz von Biomasse.

Bei diesen ganzen positiven Veränderungen am Gesetz und der Unterstützung aus den Kommunen, kann heute die Opposition diesem Gesetz eigentlich nur zustimmen.

Kürzungen im Familien-Haushalt abgewendet!

In der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages haben sich die Koalitionsfraktionen in der Nacht vom 16. auf den 17.11. auf folgende Änderungen für den Bundeshaushalt 2024 verständigt:

Freiwilligendienste (FSJ, FÖJ, IJFD) und Bundesfreiwilligendienst

Wir werden die im Regierungsentwurf vorgesehenen Kürzungen vollständig rückgängig machen! Freiwilligendienste eröffnen Interessierten neue Perspektiven, schaffen Erfahrungs- und Erprobungsräume und spielen deshalb eine wichtige Rolle für junge Menschen und unsere Gesellschaft als Ganzes. Freiwillige haben damit einen



unschätzbaren Wert für den sozialen Zusammenhalt. Ermöglicht werden diese Erfahrungen auch durch die Begleitung der Freiwilligen durch qualifiziertes pädagogisches Personal, die den Rahmen der Dienste bieten. Im nächsten Jahr wollen wir durch zusätzliche 78 Millionen Euro alle Plätze für Freiwillige gesichert werden!

Kinder und Jugendplan des Bundes: Respekt Coaches

Die Respekt Coaches sollen weitergeführt werden! Deren politischen Bildungsangebote behandeln Themen wie das Zusammenleben der Religionen, Rassismus und Antisemitismus an Schulen. Im Jahr 2024 stellen wir dafür 22,5 Millionen Euro zur Verfügung. Damit stärken wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Einsatz für eine pluralistische und freiheitliche Gesellschaft.



Elterngeld

Die Koalition hat sich im Rahmen des Haushaltsverfahrens auf Änderungen beim Elterngeld verständigt und einen Änderungsantrag zum Haushaltsfinanzierungsgesetz eingebracht. Wir nehmen Kürzungen beim Elterngeld zurück und setzen stärkere Anreize für mehr Partnerschaftlichkeit! Die Einkommensgrenze für Paare wird

nicht auf 150.000 Euro zu versteuerndes Einkommen gesenkt! Ab 01.04.2024 soll die Grenze für Paare bei 200.000 Euro liegen und zum 01.04.2025 auf 175.000 Euro weiter abgesenkt werden. Durch die verzögerte Absenkung geben wir Familien mehr Zeit sich auf die Änderungen einzustellen. Für Alleinerziehende soll die Grenze ab dem 01.04.2024 bei 150.000 Euro liegen.

Wir wollen die Verantwortung von Vätern für die Care-Arbeit stärken! Zukünftig kann maximal einer der Partnermonate gleichzeitig bezogen werden, und zwar nur innerhalb der ersten 12 Monate. Damit wirken wir einem zunehmenden Parallelbezug entgegen, der mehr Partnerschaftlichkeit entgegensteht. Denn wenn Väter früher alleinige Verantwortung übernehmen, beteiligen sie sich auch stärker an der Familien- und Hausarbeit.

Wir werden nehmen niemandem etwas wegnehmen: Die Gesamtzahl der Elterngeld-Monate soll auch weiterhin bei 14 Monaten liegen. Das haben wir durchgesetzt!



Wohlfahrtsverbände

Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege leisten einen unersetzlichen Beitrag für einen zukunftsfähigen Sozialstaat. Ihr Ziel ist die Verbesserung von Lebenslagen, sie bringen die Interessen Benachteiligter in den gesellschaftlichen Dialog ein. Dabei unterstützen wir sie 2024 mit zusätzlichen 2,8 Millionen Euro gegenüber dem Regierungsentwurf.

So kann unter anderem das erfolgreiche Digitalisierungsprojekt fortgesetzt werden.

Respekt*Land: Antidiskriminierungsberatung

Mit dem Modell-Förderprogramm respekt*land der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) wird das zivilgesellschaftliche Beratungsnetz zu Antidiskriminierung in den Bundesländern ausgebaut. Vernetzung, nachhaltige Etablierung und eine erhebliche Verbesserung des Beratungsangebots stehen dabei im Mittelpunkt. Mit zusätzlichen Mitteln, allein 4 Millionen für 2024, sichern wir das Programm bis zum Ende der Laufzeit ab.

Investitionsmittel Familienferienstätten/Müttergenesungswerke

Die Investitionen in Familienferienstätten werden nicht eingestellt, sondern sollen auch zukünftig möglich sein. Dafür sorgen wir, indem wir zusätzliche 1 Million Euro zur Verfügung stellen. Der Förderung der Müttergenesungswerke geben wir im Haushalt des Bundesministeriums für Wohnen, Bauentwicklung und Bauwesen eine neue Perspektive.

Integrationskurs mit Kind

Das Bundesprogramm „Integrationskurs mit Kind“ wird auch in den Folgejahren fortgesetzt! Damit werden einerseits insbesondere Müttern die Teilnahme an Integrationskursen ermöglicht, andererseits unterstützt das Programm die Qualifizierung von Betreuungskräften. Durch Mittelerhöhungen im Familien- und Innen-Haushalt soll das Programm auf dem hohen Niveau von 2023 fortgeführt werden.

Mehrgenerationenhäuser

Unter Einbindung von fast 30.000 freiwillig Engagierten erbringen die mehr als 600 Mehrgenerationenhäuser bundesweit vielfältige Begegnungs-, Informations- und Unterstützungsangebote und erreichen mit deren Hilfe täglich mehr als 53.000 Menschen. Mit zusätzlichen 1,2 Millionen Euro machen wir die vorgesehene Kürzung rückgängig und unterstützen die Gestaltung des demografischen Wandels, der sozialen Daseinsvorsorge und Sicherstellung der sozialen Infrastruktur vor Ort.

Psychosoziale Zentren für Geflüchtete

Wir werden zusätzliche 6 Millionen Euro bereitstellen, um die niedrigschwellige Beratung und Betreuung von Flüchtlingen ohne dauerhaften Aufenthaltsstatus fortzusetzen. Diese Aufgabe der psychosozialen Betreuung wird von Wohlfahrtsverbänden übernommen.

Georgien und Republik Moldau sind sichere Herkunftsländer.

Zwischen Januar und Oktober 2023 wurden laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) insgesamt über 286.000 Asylanträge gestellt – 67,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Anstieg belastet vor allem Länder und Kommunen, die für die Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten zuständig sind. Die Antragstellenden aus Georgien und Moldau besitzen eine geringe Schutzquote von nur 0,1 Prozent, beide Länder waren 2022 aber unter den Top-Ten der Herkunftsstaaten der meist gestellten Asylanträge in Deutschland.

Um Asylverfahren von Menschen aus Ländern mit geringer Schutzquote zu beschleunigen, sieht das Grundgesetz (Art. 16a Absatz 3) die Möglichkeit vor, solche Staaten als sichere Herkunftsländer einzustufen. Genau das ist das Ziel eines Gesetzentwurfes der Bundesregierung, der in dieser Woche abschließend beraten wird. Er sieht vor, Georgien und die Republik Moldau zu sicheren Herkunftsländern zu bestimmen. Durch die Einstufung als sicheres Herkunftsland soll die Anzahl der Antragstellenden reduziert und gestellte Asylanträge deutlich schneller bearbeitet werden. Zugleich werden die Asylanträge auch weiterhin individuell geprüft.

Mit dem Zukunftsfinanzierungsgesetz Start-ups stärken.

Gerade Start-ups und kleinere Unternehmen haben oftmals Schwierigkeiten, notwendige Finanzmittel am Kapitalmarkt zu generieren. Mit dem Zukunftsfinanzierungsgesetz stärken wir den Finanzstandort Deutschland im internationalen Wettbewerb und setzen ökonomische Impulse. Damit werden Vereinbarungen des Koalitionsvertrages sowie der Start-up-Strategie der Bundesregierung umgesetzt. Wir haben den Gesetzentwurf der Bundesregierung in dieser Woche abschließend beraten.

Verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten sollen es Start-ups und Wachstumsunternehmen erleichtern, neues Kapital für Investitionen aufzunehmen. Indem die Mindestmarktkapitalisierung für einen Börsengang gesenkt wird, soll der Zugang zum Kapitalmarkt erleichtert werden. Statt bisher 1,25 Millionen Euro wird sie künftig bei einer Million Euro liegen, was auch kleineren Unternehmen den Weg an den Kapitalmarkt öffnet.

Auch der jährliche Steuerfreibetrag bei der Mitarbeiterkapitalbeteiligung von derzeit 1.440 Euro wird auf 2.500 Euro erhöht. Dabei wurde die sogenannte Dry-Income-Problematik bei der Mitarbeiterkapitalbeteiligung im deutschen Steuerrecht angegangen. Künftig können mehr Unternehmen die Regelungen zum Aufschub der Besteuerung übertragener Anteile bis zu ihrer Veräußerung nutzen. Diese verbesserten steuerlichen Rahmenbedingungen sollen es jungen Unternehmen erleichtern, im internationalen Wettbewerb um Talente zu bestehen und Mitarbeiter:innen zu gewinnen.

Darüber hinaus sollen Unternehmen künftig Mehrstimmrechtsaktien mit einem Stimmrecht von bis zu 10:1 ausgeben können. Das erleichtert Gründer:innen trotz Kapitalaufnahme ihren Einfluss auf das Unternehmen zu erhalten und ihre Expertise einbringen zu können. Gleichzeitig wird der Schutz von Investor:innen ohne Mehrstimmrechte gesichert.



Wachstumschancen, Investitionen und Innovation stärken.

Das Wachstumschancengesetz soll Impulse für Investitionen und Innovationen setzen und Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland verbessern.

Als ein zentrales Projekt wird eine Investitionsprämie zur Förderung der Transformation der Wirtschaft eingeführt: 15 Prozent der Aufwendungen für Energieeffizienzmaßnahmen von Unternehmen können künftig als direkte finanzielle Unterstützung von der Bundesregierung bezuschusst werden. Damit sollen Investitionen in saubere und klimafreundliche Technologien angeregt werden.

Auch die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung wird verbessert. Neben Personalkosten können künftig auch Sachkosten gefördert werden. Außerdem wird die maximale Bemessungsgrundlage verdreifacht, wodurch die Förderbeträge steigen. Für kleine und mittlere Unternehmen wird sich darüber hinaus der Fördersatz von 25 auf 35 Prozent erhöhen. Mit dem Gesetz werden auch zahlreiche Einzelregelungen quer durch das Steuerrecht angepasst, die das Steuersystem an zentralen Stellen einfacher und moderner machen sollen. Um die Liquidität von Unternehmen, insbesondere des Mittelstands, zu verbessern, werden die Abschreibungsbedingungen verbessert und die Prozentgrenze bei der Verrechnung des Verlustvortrages für vier Jahre angehoben. In den parlamentarischen Beratungen ist es uns gelungen, die Belastungen für die Kommunen, die durch steuerliche Mindereinnahmen entstehen werden, abzumindern.

Weitere Maßnahmen sind: Die Übergangszeit bis zur vollständigen Besteuerung von Altersrenten soll bis 2058 verlängert werden. Vorgesehen ist ebenfalls eine Mitteilungspflicht für innerstaatliche Steuergestaltungen. Wir beschließen den Gesetzentwurf in dieser Woche.





Die Kunstsammlung des Deutschen Bundestages hat weit mehr als 4000 angesammelte Ölgemälde und Aquarelle, Skulpturen und Holzschnitte, die breit über Büros, Flure und Sitzungssäle in allen Häusern des Bundestages verstreut sind. Über die Ursprünge der Kunstsammlung und das Spannungsverhältnis zwischen Politik und Kunst habe ich mich heute mit dem Bildhauer

Robert Scholz aus Nürnberg ausgetauscht. Sein Werk "Kleiner Schatz" wurde 2022 durch den Kunstbeirat für die Sammlung erworben und hängt in meinem Bundestagsbüro in Berlin.

Der Werkstoff Beton eröffnet durch die ihm eigene Verarbeitung in Gussformen - Schalungen - einen komplett anderen Weg der Formfindung als das substraktive Arbeiten am Stein.

Als Mitglied des Kunstbeirates habe ich mich sehr gefreut, Herrn Scholz persönlich kennen zu lernen.



Bei Austausch zu den kommunalpolitischen Themen mit Achim Post und den Bürgermeistern aus seinem Wahlkreis.

Am vergangenen Donnerstag habe ich eine Eröffnungsrede zur Gründung der VDMS - Arbeitsgemeinschaft "Sanitärtechnik und-Design" gehalten. Die Sanitär- und Klimatechnik kann einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele im Gebäudesektor leisten. Mit dabei war die Firma Kaldewei aus Ahlen.



Diese Woche habe ich mich mit den Genossinnen und Genossen in Panketal und mit den Kolleginnen und Kollegen der LG Ost der SPD-Bundestagsfraktion darüber ausgetauscht, wie die Wärmewende in Deutschland gelingen kann. Wir wollen bis 2045 klimaneutral leben. Große Städte mit über 100.000 Einwohner:innen müssen diese Wärmepläne bis Mitte 2026 erstellen, kleinere Kommunen bis Mitte 2028.

Erst dann müssen Eigentümer:innen bei neu eingebauten Heizungen klimafreundliche Lösungen wählen. Bestehende Heizungen können bleiben. Was uns außerdem besonders wichtig ist: Wir lassen Euch bei dem Umstieg nicht alleine, sondern fördern den Einbau klimafreundlicher Heizungen mit bis zu 70 Prozent der Investitionskosten.

